

Zeitschrift:	Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses
Herausgeber:	Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Band:	70 (1979)
Heft:	16
Rubrik:	Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

50 Jahre Kraftwerke Sernf-Niedererenbach AG

Am 30. Juni 1979 fand zum fünfzigsten Jahrestag der Gründung der Kraftwerke Sernf-Niedererenbach AG (SN) eine Feier bei der Staumauer Garichte statt.

«An dieser Stelle, wo Sinn und Zweck der Gesellschaft besonders augenfällig in Erscheinung treten», wie er einleitend bemerkte, hielt Dr. H. P. Christen, Präsident der Kraftwerke Sernf-Niedererenbach AG (SN), die Jubiläumsansprache.

Nach Begrüssung der zahlreichen Gäste führte er aus, dass die Elektrizitätswirtschaft gerade in der heutigen Zeit in besonderem Masse auf eine umfassende und sachliche, was keinesfalls heisst unkritische Berichterstattung angewiesen sei.

Anschliessend rief er die recht bewegte Geschichte der Gesellschaft in Erinnerung. Wie kam es dazu, dass sich zwei – schon von der Grösse her gesehen – ungleiche Gemeinden wie die Stadt St. Gallen und das Dorf Schwanden zu einem solchen Projekt zusammenschlossen? Vor 50 Jahren deckte die Eigenproduktion der Stadt St. Gallen lediglich einen Fünftel des Strombedarfs, der Rest musste von den St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerken (SAK) bezogen werden. Der Bezugsvertrag mit den SAK sollte 1929 auslaufen: Die SAK unterbreiteten der Stadt St. Gallen eine neue Offerte mit einer Preiserhöhung von 25 %. Dies war für St. Gallen unannehmbar, und man begann sich mit dem Bau eines eigenen Kraftwerks zu befassen. Den geeigneten Partner fand man in der Gemeinde Schwanden, die bereits die Wasserkraft des Niedererenbachs teilweise ausnützte, aber zuwenig Geld für den Vollausbau besass. Die Bürger der Stadt St. Gallen stimmten mit einer Zweidrittelmehrheit der Gründung der SN zu. St. Gallen übernahm zwei Drittel der Aktien, Schwanden einen Drittel.

Am Anfang mussten die SN drei Viertel der produzierten Energie anderweitig verkaufen, was ihnen wegen der grossen Konkurrenz nur schlecht gelang. Die SN benützten deshalb die Gelegenheit, als der Energiebezugsvertrag der Stadt Rorschach mit den SAK 1939 ablief, und nahmen auch die Bodenseestadt in die Gesellschaft auf.

Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Werke Sernf und Niedererenbach den Elektrizitätsbedarf der drei Partner nicht mehr ganz decken. Das Wasserkraftwerk Realta wurde erstellt, und Konzessionen für die Ausnutzung des Valserrheins sowie den Bau einer Staumauer auf Zervreila wurden erworben. Die Baukosten des Zervreila-Projektes von rund 300 Millionen Franken überstiegen aber die finanziellen Möglichkeiten der SN. In der Motor Columbus und den NOK wurden zwei Partner



Stausee Garichte der Kraftwerke Sernf-Niedererenbach AG.
Im Hintergrund der Glärnisch

gefunden, die je 30 % der neuen Gesellschaft Kraftwerke Zervreila AG (KWZ) übernahmen, während die restlichen 40 % bei den SN blieben. Eine nächste Erweiterung der Produktionsbasis fiel bereits ins Kernenergiezeitalter: Mit 6 % beteiligten sich die SN an einer Gesellschaft, die sich Energiebezugserchte aus den Kernenergianlagen in Bugey bei Lyon (Frankreich) sicherte. «Pünktlich auf das Jubiläumsjahr konnten die SN erstmals Strom aus diesem Kernkraftwerk beziehen», berichtete der Redner und deutete anschliessend die Aufgaben der Zukunft an: «Die SN haben den Auftrag, eine jederzeit ausreichende und wirtschaftlich optimale Versorgung ihrer Partner mit elektrischer Energie langfristig sicherzustellen.» Mittelfristig werden sich die SN deshalb vor allem auch mit der Erneuerung und Erweiterung der Wasserkraftwerke befassen müssen. He

AG Elektrizitätswerke Bad Ragaz

In der Direktion der AG Elektrizitätswerke Bad Ragaz hat ein Wechsel stattgefunden. Herr Direktor Walter Frei hat das Unternehmen nach 18jähriger, erfolgreicher Tätigkeit infolge Pensionierung verlassen. An seine Stelle wurde Herr Erwin Caillet, Ing., gewählt.

Pressespiegel – Reflets de presse



Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Brandanschläge

Kohns Auto, die Fahrzeuge anderer Atomherren und Bonzen sind ausgebrannt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Trotzdem: entsprechend gross ist das Gezeter in der bürgerlichen Presse.

Welche Bedeutung haben aber diese Anschläge wirklich?

Wir halten solche Anschläge für das falsche Mittel im Kampf gegen die Politik der Atomlobby. Verstanden werden diese Aktionen von kaum jemand, der in der Bewegung wirklich aktiv mitmacht.

«Massenhafte Verweigerung des kapitalistischen Alltags», wird am Schluss einer Schrift erklärt, das sei das Ziel dieser Aktionen. Massenhaft würde bedeuten, dass auch Massen hinter

solchen Aktionen stehen. Dem ist aber offensichtlich nicht so. Das ist die eigentliche Schwäche der Anschläge. Da ist eine breite Volksbewegung. Sie steht mit ihrem Bewusstsein auf dem Boden demokratischer Entscheidungsprozesse. Mit Besetzungen, Demonstrationen hat sie versucht, demokratische Entscheide herbeizuführen gegen die gefährliche Atomtechnik. Damit hat diese Bewegung, die weiter wächst, schon sehr viel erreicht. Das ist auch nach den beiden Abstimmungen in diesem Jahr gleich geblieben.

Ganz klar, dass die bürgerliche Presse diese Aktionen hochspielt. Sie sollen der Anti-AKW-Bewegung schaden, sie sollen zur Kriminalisierung von AKW-Gegnern herhalten.

Damit lenkt die bürgerliche Presse ab. Sie lenkt ab von den todbringenden Atommeilern. Sie stellt solche Anschläge als ganz schlimme Verfehlungen hin.

Sie verschweigt, dass es viel schlimmer ist, wenn AKWs gebaut werden. Und genau das ist gezielte Taktik der Presse. Mit der gross aufgemachten Darstellung der Brandanschläge wird die Diskussion um die AKW-Frage auf ein Nebengeleise geschoben. Jetzt diskutiert man über Sinn und Unsinn solcher Aktionen, ob

sie nützen oder schaden. Das lenkt ab. Es lenkt ab von der Hauptdiskussion, ob AKW gebaut werden dürfen oder nicht. Das führt weg von der Debatte über die Organisierung kommender Aktivitäten der Bewegung und weg von der Frage, wie ein Baustopp erreicht werden kann.

Das ist die eigentliche Bedeutung dieser Anschläge. Sie sind zum Vehikel geworden, jene zu bekämpfen, die bekämpft werden sollen. Die Atombonzen haben über ihre Beziehungen und über die bekannten Verflechtungen dafür gesorgt, dass die Presse die Ereignisse so darstellt, dass sie schliesslich Stimmung gegen die AKW-Bewegung machen. Damit ist keinem AKW-Gegner gedient.

Einmal mehr gilt: weniger wäre mehr gewesen. *Adrian Müller*
«PZ Poch-Zeitung», Basel, 31. Mai 1979

Die Glaubwürdigkeit wurde verspielt

Seit einiger Zeit kursiert in unserem Lande ein Pamphlet – seine Verfasser nennen es Broschüre –, in dem unmissverständlich zu Sabotage und Sprengstoffanschlägen im Zusammenhang mit der Kernenergie aufgerufen wird. Die anonymen Verfasser geben sich als «teilweise direkt an den Sabotageakten von Gösgen und Leibstadt beteiligt» zu erkennen. «Do it! handbuch für gemeinschaftsaktionen» heisst dieses «Werk». Was von ihm und was auch von der Reaktion der Kernenergiegegner auf diesen Aufruf zur brutalen Gewalt zu halten ist, hat *Jürg L. Steinacher* untersucht.

Jene Schweizer Kernkraftwerkgegner, die seit Jahren landauf, landab verkünden, es ginge ihnen um die Sache und nicht um die Politik, es ginge ihnen um die Gefährlichkeit der Kernenergie und nicht um «links» oder «rechts», haben genaugenommen ihre Glaubwürdigkeit tüchtig verspielt. Sie waren es, die sich auch auf ihre «Strategie der Gewaltlosigkeit» einiges zugute hielten, sich in der geistigen Tradition Mahatma Gandhis und Martin Luther Kings wöhnten, und es sind dieselben Leute, die heute mit Nachdruck (beschämt oder «mit klammheimlicher Freude?») schwärzen, wenn in Kaiseraugst und Leibstadt die Sprengstoffkörper explodieren und reihenweise Anschläge auf Personenwagen von Kernkraft-Exponenten erfolgen. Mit einiger Spannung erwartet man aber vor allem die Reaktion dieser Kernkraftwerkgegner auf die militante Agitationsschrift «Do it! handbuch für gemeinschaftsaktionen».

Einleitend wird darin festgehalten, dass die Broschüre «... die gemeinsame Arbeit einiger kleiner, selbständiger Grüppchen, die zum Teil auch direkt an den beiden Sabotage-Aktionen von Kaiseraugst und Leibstadt beteiligt waren», sei. Das Pamphlet, dessen schamlose Demagogie von Goebbelschem Zuschnitt ist, signalisiert den Beginn des unverhüllten revolutionären Kampfes in der Auseinandersetzung um die Kernkraftwerke. Denn «ein Molotow oder etwas Sprengstoff ist ... in jeder Situation mehr wert als ein Stimmzettel.».

Die Autoren kommen in ihrer Analyse der linksideologischen Szene der Kernenergiegegner zum Schluss, dass – vorläufig noch – überall bei den einzelnen Kernkraftwerkgegnern nur von Illegalität und Gegengewalt die Rede sei, aber niemand zur Tat schreite. «Es ist dies eine Bewegung, die sich bis heute im ganzen gesehen ziemlich gesetzestreu und pazifistisch bewegt hat, obwohl die Leute, die sie ausmachen, „privat“ zu einem grossen Teil sich nicht ausschliesslich legalistisch bewegen (Klauen, Schwarzfahren, Sprayen, Besetzen usw.).» (!) Was die Pamphlet-Autoren den passiven Genossen vorwerfen, ist «ihr Geplauder und damit ihre Unfähigkeit, ihre Reden in die Tat umzusetzen ... klar, auch wir sind für die Sabotage. Nur sind dies eben Dinge, die man lebt und macht ...» Denn «diese Gesellschaft verdient im Minimum, dass man ihr den Krieg erklärt! Das heisst: die Notwendigkeit der täglichen Sabotage an der kapitalistischen Todesmaschinerie entdecken!» Damit «grössere Aktionen realisierbar werden», suchen die Gewalttäter in der Antikernkraft-Bewegung nach weiteren Aktivisten. Sie rufen im «Do it!» nicht zur täglichen guten Tat, sondern zur «alltäglichen Sabotage» auf. Zwar hätte wohl niemand etwas dagegen, «wenn morgen Gösgen oder Leibstadt in die Luft gesprengt würde ... aber die realistische Einschätzung der heute in der Schweiz vorhandenen Leute und Gruppen lässt uns nicht ganz an ein solches Spektakel glauben, obwohl es vielleicht für Gruppen für die ETA im Baskenland in

Reichweite stünde ...» Die terroristische Internationale lässt grüssen. Und jene Kernkraftgegner, die immer wieder behauptet haben, es ginge ihnen um die Sache und nicht um Politik?

Jetzt aber schweigen sie ... Sie, die jederzeit Leserbriefe, Diskussionsbeiträge und Communiqués zur Hand haben und sich zur Gewaltlosigkeit bekennen, sie verzichten auf eine glaubwürdige Verurteilung von Tat und Täter. Sie verzichten auch auf eine klare Abgrenzung gegenüber diesem terroristischen Programm und dessen Autorenschaft, die unzweideutig auf der linken Szene zu suchen ist.

«St. Galler Tagblatt», St. Gallen, 15. Juni 1979

Crise aimée

Energie: c'est la crise! Tout le monde le clame. Les chiffres catastrophiques s'accumulent, les prévisions pessimistes surgissent comme des champignons après la pluie, chacun sent approcher le moment d'une Grande Cassure.

Pourtant écoutez les gens, observez les hommes d'Etat, prêtez attention aux propos de l'industriel comme à ceux de l'écologiste, à ceux des hommes de droite comme à ceux des hommes de gauche. Derrière le langage des veilles de catastrophe, au-delà du vocabulaire de Jugement Dernier, on perçoit une étrange, une puissante, une paradoxale jubilation. Cette crise de l'énergie que chacun promet d'attaquer avec «courage», «détermination», «audace», que sais-je, semble jouer le rôle de ces angoisses que l'on hait, mais qui donnent à la vie son sel et son sens.

Ce surprenant paradoxe de psychologie collective mérite qu'on s'y arrête. Quelle en est la raison? Au premier chef, sans doute, le sentiment, fort et général comme un raz-de-marée, que le monde est en train de «dérapier» de manière irrésistible, et qu'aucune politique rationnelle – en dépit des discours bravaches et des appels à l'union, à la lutte, à la victoire – n'est capable de maîtriser ce dérapage.

A l'heure actuelle, c'est le problème énergétique qui cristallise et symbolise ce sentiment de profonde impuissance. Le problème de l'énergie est, en raison pure, en théorie désincarnée, simple à résoudre: puisqu'il n'y a pas assez d'énergie, il suffit d'en consommer moins. Mais à peine a-t-on dit cela que l'on éprouve comme une grande lassitude de l'âme: jamais la consommation ne diminuera par simple décision politique, on le pressent, on le sent, on en a la conviction intuitive.

On se trouve dès lors dans cette incroyable position de voir que nous allons à notre perte, de savoir comment éviter le désastre, mais d'être comme entravés, englués, incapables de réagir, à la merci d'une ricanante fatalité.

On comprend dès lors l'espèce de joie paradoxale qu'une crise comme celle de l'énergie suscite: puisque nous-mêmes sommes paralysés, nous avons au fond du cœur l'espoir que la crise, elle, va nous sauver du désastre irrémédiable, en brisant nos entraves à temps, en nous forçant à agir.

Mais on peut aller plus loin dans la réflexion. Cette affection mystérieuse qui attaque les fibres mêmes de notre volonté collective apparaît comme essentiellement sociale: nous nous paralysons en effet les uns les autres, parce que plus personne (pour des raisons qu'il serait trop long d'analyser ici) n'est d'accord avec la place qu'il occupe dans la société ni, a fortiori, avec celle qu'y occupent les autres.

Mille et mille fois déjà, dans l'histoires humaines, des sociétés ont connu semblable auto-paralysie. Cette paralysie, lorsqu'elle atteignait un caractère de gravité extrême, se résolvait, traditionnellement, en guerre, interne ou internationale: la guerre – cette tragédie sanglante – avait en effet la fonction sociologique essentielle de «remettre chacun à sa place», de dire, sans ambiguïté, ce à quoi chacun avait «droit».

Le monde actuel s'efforce, heureusement, de tout faire pour éviter la guerre. On peut penser que la crise de l'énergie joue dès lors, sociologiquement, le rôle de substitut à la guerre. Voilà sans doute pourquoi, au secret de nous-mêmes, nous éprouvons l'incertaine espérance que cette crise deviendra assez grave pour «remettre chacun à sa place et l'église au milieu du village», pour trancher sans appel de ce qui est important et de ce qui est secondaire, mais pas si grave qu'elle nous emporte avec elle. Puisse le Ciel nous protéger.

Claude Monnier

«Gazette de Lausanne», Lausanne, le 22 juin 1979

Energiedirigismus

Was gehört zum Grundbedarf an elektrischer Energie? Gehört dazu auch der Strom für den elektrischen Rasierapparat und für den «Fön»? Wieviel Liter elektrisch aufgewärmtes Wasser stehen einem Erwachsenen, einem Jugendlichen, einem Kind und einem Kleinkind zu? Liegen ein paar Kilowattstunden für ein Elektroöfeli oder das Heizkissen noch drin? Gibt es allenfalls für die am Wochenende heimkehrende Tochter oder den gichtkranken Grossvater ein Sonderkontingent?

Mit diesen Fragen haben sich künftig alle Bürgerinnen und Bürger und eine ganze Legion neuer Beamten zu befassen! Neben der Steuererklärung muss jedermann die persönliche «Energiedeklaration» ausfüllen. Zusammen mit der Meereshöhe des Wohnortes, den am Ort herrschenden Windverhältnissen und der Lage und Beschaffenheit der bewohnten Räumlichkeiten werden dann eine Serie neuer Computer für jeden den ihm zustehenden Grundbedarf an elektrischer Energie ausrechnen. Nur diese Energie darf er dann zum Vorzugspreis beziehen; für zusätzlichen Verbrauch – Ausnahmefälle regelt eine 150 Seiten starke Zusatzverordnung – kommt der progressiv steigende Tarif zur Anwendung.

Dieser planwirtschaftliche Energiedirigismus beschloss nicht etwa der Staatsrat der DDR. Er wurde gestern im Grossen Rat von Ständeratskandidatin Esther Bührer, Nationalratskandidat Walter Stamm und als Ständeratskandidat Walter Förderer vorgeschlagen.

Walter Joos

«Schaffhauser Nachrichten», Schaffhausen, 26. Juni 1979

Cette chère énergie

Lorsque nous savons que l'énergie de notre pays dépend à 75 % du pétrole nous devrions restreindre volontairement notre consommation; malheureusement c'est le contraire qui se produit. Personne ne veut abandonner son confort et peu d'entre nous seraient prêts à supprimer leur voiture, tant et si bien que la plupart des conducteurs évitent de se déplacer à pied, ne serait-ce que pour 50 à 100 mètres. Pour se rendre au magasin du coin, chez un voisin, on prend sa voiture quitte à faire plusieurs manœuvres afin de parquer correctement.

On ne pense pas assez – ou même pas du tout – qu'une dépendance des produits pétroliers, toujours plus évidente, engendre un coût de l'énergie de plus en plus élevé. N'oublions pas que, vu la politique pratiquée actuellement par les pays producteurs, nous allons au-devant d'une pénurie de pétrole telle qu'elle se fait déjà sentir aux Etats-Unis et dans bien d'autres pays.

Prenons précisément l'exemple des USA où le président Carter lutte depuis de longs mois contre le gaspillage du pétrole. Malgré ses cris d'alarme, ses recommandations, ses appels incessants lui valant d'amères remarques, la pénurie commence à se faire cruellement sentir. Les Américains sont sidérés par cette situation et ont beaucoup de peine à y croire. Pourtant la réalité est là, sérieuse; un simple exemple: il y a queue devant les stations-service d'essence.

En ce qui concerne l'électricité, là aussi la consommation ne cesse de prendre des proportions énormes. Appareils ménagers, appareils frigorifiques, congélateurs, machines à laver le linge, la vaisselle, friteuses, grills, postes de TV qui consomment passablement de courant, tous ces articles sont des facteurs importants de cette augmentation gigantesque de l'utilisation du courant électrique. Par contre on ne peut parler de pénurie d'électricité. L'énergie nucléaire produit à elle seule, sauf erreur, 20 % de nos besoins en électricité. Mais là aussi, dans ce domaine du nucléaire, l'avenir n'est pas rose. Nous n'avons qu'à penser aux puissantes oppositions provoquées par l'installation de centrales, et ceci dans quel pays que ce soit.

Il y aurait une solution d'attente qui serait celle de réutiliser en masse le charbon, le gaz, le bois, voire développer industriellement à des prix abordables l'énergie solaire dans les délais les plus brefs.

En attendant, les charges qui pèsent sur nos entreprises par l'augmentation massive des prix du pétrole et localement de l'électricité – sans parler d'un nouveau danger d'inflation – vont

devenir intolérables à supporter. Nos industriels, nos commerçants, nos artisans ne doivent plus seulement faire face à la cherté du franc suisse mais ils subissent encore l'augmentation massive du prix de l'énergie dont ils ont besoin.

La réalisation d'une politique de restriction ne sera pas facile car elle demandera un changement radical de notre façon de vivre.

Aussi nous adressons-nous au consommateur qui lui peut, par son comportement, prévoir les limites des économies d'énergie. En cela il aidera efficacement l'Etat à faire appliquer une politique de restriction.

A. Félix

«Economie Lausannoise», Lausanne, No 2, juin 1979

Elektroheizung ja – aber Engpässe beim Netz

Die anhaltend hohen Heizölpreise wirken sich auch auf die Elektrizitätswerke aus. Die Stromversorgungs-Unternehmungen werden mit Anträgen für Elektroheizungen überhäuft. Gleichzeitig nimmt der Einsatz von elektrischen Heizöfen zu. Können die Elektrizitätswerke die Wünsche der Verbraucher befriedigen? Die BZ sprach mit Elektrowatt-Direktor Pierre Krafft.

BZ: Lokale Elektrizitätsverteilere stellten fest, dass in letzter Zeit vermehrt kleine Elektroöfen eingesetzt werden. Die grösste Liegenschaftsverwaltung der Nordwestschweiz hat die Mieter sogar schriftlich aufgefordert, sich elektrische Heizöfen zuzulegen, da bei Kälteeinbrüchen die Ölheizung nicht mehr in Betrieb gesetzt werden soll. Müssen die Elektrizitätsgesellschaften sich vor Netzzusammenbrüchen fürchten?

Krafft: Die Lage ist von Gesellschaft zu Gesellschaft und von Netz zu Netz verschieden. Aber es ist ganz klar, wenn zum normalen Verbrauch eines Haushaltes noch elektrische Heizöfen kommen, dann kann sich der Leistungsbedarf eines Haushaltes sehr schnell verdoppeln. Wenn sich der Einsatz von elektrischen Heizöfen verbreitet, könnte es durchaus zu Versorgungsschwierigkeiten kommen.

BZ: Die Schweiz verfügt über eine grosse Leistungsreserve. Wo liegt der Engpass für eine kurzfristige Steigerung der Elektrizitätsversorgung?

Krafft: Man kann mit Speicherwerken kurzzeitig viel Leistung erzeugen, man kann sie dorthin transportieren, wo sie – in der Schweiz oder im Ausland – nötig ist, aber man wird Mühe haben, in der Detailversorgung (Ortsnetze, die Red.) wesentlich mehr Leistung kurzfristig an den Verbraucher zu bringen. Dazu ist das Netz nicht ausgebaut. Man kann vom Elektrizitätswerk auch nicht verlangen, dass wesentlich mehr ins Verteilernetz investiert wird für die Möglichkeit, dass ab und zu ein elektrischer Heizofen eingesteckt wird.

BZ: Drängen sich angesichts dieser Situation nicht Beschränkungen für den Einsatz von Elektrizität für die Raumheizung auf?

Krafft: Man muss unterscheiden zwischen den einsteckbaren elektrischen Heizöfen und den festinstallierten Speicherheizungen. Für eine Elektroheizung erhält man die Zulassung vom Elektrizitätswerk nur, wenn das Netz mit der entsprechenden Leistung vorhanden ist. Das Problem bei den Heizöfen ist, dass sich jeder ein solches Gerät im Laden kaufen und zu Hause einstecken kann. Der Einsatz von elektrischen Heizöfen lässt sich von seiten der Elektrizitätswerke überhaupt nicht kontrollieren.

BZ: Heute besteht eine grosse Nachfrage nach elektrischen Speicherheizungen. Gibt es überhaupt die entsprechenden Produktionskapazitäten, um diese Nachfrage zu befriedigen?

Krafft: Hauptsächlich besteht der Engpass beim Netz. Jede Elektrizitätsgesellschaft kann selbst beurteilen, wie gross ihre Kapazität ist, ob sie ausbauen will oder ausbauen kann. Dann muss die Elektrizitätsgesellschaft schauen, woher sie den Strom erhält. Auf der Produktionsseite sind die Reserven nicht sehr gross. Wir hängen an drei, vier Kernkraftwerken. Bei schwacher Wasserführung wie im letzten Winter hat die Schweiz im Dezember und Januar Strom in der Grössenordnung von zwei Dritteln der Produktion von Gösgen aus dem Ausland eingeführt. Trotzdem

schafft die festinstallierte elektrische Heizung keine Probleme, denn man kann den Elektrizitätsbedarf messen, planen und steuern. Wenn natürlich keine weiteren Kraftwerke gebaut werden können, dann wird man drosseln müssen, und man wird weniger Heizöl substituieren (durch andere Energien ersetzen) können.

BZ: Wie wird sich der Bedarf an elektrischer Energie in den nächsten Jahren weiterentwickeln?

Krafft: Man rechnet mit einer jährlichen Verbrauchszunahme von rund 3,4 bis 3,7 Prozent bis ins Jahr 1985.

BZ: Wie gross ist dabei der Anteil der Elektroheizung?

Krafft: Die Zuwachsraten der elektrischen Heizung liegen etwa bei 30 Prozent pro Jahr. Der heutige Stromverbrauch für die elektrische Heizung liegt bei 0,9 Milliarden Kilowattstunden oder rund 2,5 Prozent. Er soll bis 1985 auf rund 3 Mrd. Kilowattstunden pro Jahr ansteigen, das heisst auf rund 7,5 Prozent des gesamten Verbrauchs.

BZ: Im Bereich der Erdölprodukte gab es in den letzten Monaten eine rapide Erhöhung der Preise. Wie werden sich die Preise bei der Elektrizität entwickeln?

Krafft: Es wird zu weiteren Tariferhöhungen kommen müssen. Die Mischpreise werden immer stärker durch die relativ teure Kernenergie beeinflusst. Zudem wurden in der Vergangenheit Tariferhöhungen verschoben.

«Berner Zeitung BZ», 21. Juli 1979, Bern

Energie: tout comptabiliser

Il n'est pas toujours simple de parvenir à tenir compte de tous les facteurs qui entrent dans la réalisation d'un projet ou d'une idée. Certaines omissions peuvent relever de l'oubli pur et simple, ou encore d'une déficience dans les données de départ. D'autres, en revanche, qui sont parfois volontaires, sont infiniment plus inquiétantes.

On trouve ainsi des écologistes qui nous noient sous des chiffres; certains corrects, d'autres faux, et souvent partiels, sont partiaux, parce que fournis délibérément à l'appui d'une volonté de convaincre même à tort.

On entend alors parler de «20 % d'électricité nucléaire», ce qui correspond à considérer l'arbre qui cache la forêt énergétique, où l'électricité ne représente plus guère elle-même que 17 à 18 % du total de la consommation: on feint d'ignorer le problème posé par le reste, 80 % de la consommation d'énergie ...

Les expériences de gaz de fumier, d'exploitation de l'énergie solaire, de véhicules électriques poursuivies en Suisse comme dans les autres pays industrialisés peuvent, grâce à diverses astuces et omissions dans l'information, donner de faux espoirs au commun des mortels.

On avance facilement des prix au kilowatt, des dépenses au kilomètre, des kilowatts par mètre carré qui ne veulent rien dire, voire qui sont carrément faux, parce que l'on a oublié de prendre en compte des parts importantes de dépenses d'investissements et que l'on néglige les amortissements, comme si, sous prétexte que le soleil était quasiment inusable, les appareillages qui permettent d'en tirer de l'énergie l'étaient aussi automatiquement!

Ainsi pour le gaz de fumier. Il exige, pour produire une énergie autre que purement calorifique, un moteur, une génératrice et des installations conformes aux normes de sécurité pour l'exploitation d'un gaz – condition essentielle pour être couvert par une assurance en cas d'accident. Ces éléments coûtent cher, ils s'usent, ils doivent être renouvelés selon leur durée de vie. Le bilan, en général, est négatif par rapport au prix du pétrole, même s'il devait encore augmenter sensiblement.

Ainsi pour les installations solaires, dont le coût de fonctionnement propre (surtout si l'installation comprend des pompes), et le coût d'amortissement et de remplacement est fréquemment sous-estimé.

Ainsi, des voitures électriques, dont les moteurs, pas plus que les batteries, sont éternels, et qui exigent un appareillage de recharge et surtout un coût des opérations de recharge rendu généralement prohibitif par nos tarifs d'électricité.

Quant aux bricoleurs, lorsqu'ils s'y retrouvent, ils sont un peu dans la peau de la ménagère qui «économise» de l'argent en faisant son pain elle-même, sur la base d'une addition des coûts de la farine, des ingrédients, et de l'énergie pour le cuire. Par rapport au boulanger, elle ne compte pas son temps et tout le monde n'a pas le temps en suffisance pour faire son pain ou se bricoler son installation solaire ...

Claude Manzoni

«Journal d'Yverdon», Yverdon, le 18 juillet 1979

Economies ou ... records de consommation?

Les économies d'énergie sont à l'ordre du jour. Et il ne se passe pas de jour sans que la presse ou la radio-télévision ne nous rappellent cette nécessité impérative. Or les statistiques de la consommation électrique pour le dernier semestre (octobre à mars) viennent de tomber, inquiétantes dans leur brutale réalité ...

En effet, cet hiver, la consommation a augmenté de 4,6 % par rapport au semestre d'hiver de l'année précédente. Un record de consommation, si l'on considère que, pour les trois hivers précédents, la hausse de consommation s'établit à 2,9 % (en moyenne).

Plus préoccupant encore, la consommation des ménages, qui a le plus fortement augmenté, avec une hausse de 5,8 %.

Ainsi donc, l'hiver même qui a vu l'opinion publique se passionner pour les problèmes énergétiques et nucléaires, l'hiver où il fut le plus question d'économies d'énergie, les ménages battent tous leurs records de consommation.

Singulière incohérence: il s'en est fallu de peu que le peuple suisse accepte une initiative qui nous aurait interdit tout recours à l'énergie nucléaire (qui représente pourtant plus de 20 % de notre consommation). Alors même que la consommation des ménages, elle, augmente de plus de 11 % en deux ans ...

Plus clairement exprimé: en moins de 4 ans, la seule augmentation de la consommation absorbe la totalité de la production d'électricité d'origine nucléaire. Cette même énergie nucléaire à laquelle près d'un citoyen sur deux était prêt à renoncer ...

On reste confondu devant tant d'inconscience, tant d'inconscience. Quand donc les consommateurs comprendront-ils que ce sont eux qui nous contraignent au nucléaire, qui ne nous laissent aucune autre alternative? -

(cps)

«Journal du Jura», Biel, le 11 juillet 1979

Nucléaire: procédure simplifiée mise en place

L'ordonnance qui définit la «procédure simplifiée» permettant d'obtenir une autorisation générale pour les centrales nucléaires déjà au bénéfice d'une autorisation de site, entrera en vigueur le 1^{er} août prochain. Elle réglera, en particulier, la publication et le dépôt des demandes d'autorisation, la consultation des cantons et communes et l'examen des objections éventuellement formulées durant un certain délai.

En vertu de la nouvelle ordonnance, une demande d'autorisation générale doit être déposée et rendue accessible au public pendant 90 jours dans le chef-lieu du canton où il est prévu d'installer l'usine, dans la commune même et dans les communes limitrophes. Elle doit bien entendu être aussi remise à l'Office fédéral de l'énergie.

Durant ces 90 jours, toute personne peut faire objection à la demande. Pendant cette même période, tous les cantons sont consultés et invités à faire connaître l'opinion des communes intéressées. Ensuite, la demande, les objections et les prises de position seront transmises à la commission de l'énergie (qui sera mise sur pied à la fin des vacances). Enfin, le Conseil fédéral décidera de la suite à donner à la demande d'autorisation générale et soumettra sa décision au Parlement pour approbation.

Les dispositions transitoires inscrites dans la loi offrent aux centrales de Kaiseraugst, Graben et Verbois la possibilité de bénéficier d'une procédure simplifiée pour l'obtention d'une autorisation générale. Cette dernière est soumise à une condition: il s'agit de savoir si l'énergie produite correspond «vraisemblablement à un besoin effectif du pays». -

(ats)

«Tribune de Lausanne Le Matin», le 12 juillet 1979